

Faire Bedingungen für alle!

Parteipolitisches Kalkül fördert Bauernsterben



Stock.adobe.com - Petair

Unsere Landwirte unter Dauerbeschuss

Im Nationalrat gilt seitdem die SPÖ und die FPÖ der Bundesregierung das Misstrauen aussprechen ein freies Kräftespiel mit wechselnden Mehrheiten. Unsere Bäuerinnen und Bauern geraten dabei mitten ins Kreuzfeuer!

Am 2. Juli machten in der Nationalratssitzung Rot und Blau einen Schulterschluss mit NEOS und der Liste Jetzt. Sie stimmten für ein generelles Verbot von Glyphosat!

Nur die ÖVP kennt die aktuellen Herausforderungen der Bauernschaft und nimmt den damit verbundenen Wettbewerbsnachteil für die österreichische Produktion ernst.

Heute für morgen Entscheidungen treffen

Mehr Überfahrten am Feld, erhöhter Kraftstoffverbrauch und intensive Abtragung fruchtbaren Bodens durch Luft und Wasser sind nur Auszüge der gravierenden Nebenwirkungen des Glyphosatverbots.

„So viel wie nötig, so wenig wie möglich“ - unter diesem Motto werden Pflanzenschutzmittel von Landwirten eingesetzt. Die Tatsache, dass ein Sachkundenausweis für den Kauf und die Verwahrung von Pflanzenschutzmittel notwendig ist, zeigt den sorgsamen Umgang mit diesen.

Die ÖBB brachte 2014 ganze 9,8 Tonnen Glyphosat entlang der Gleise aus und doch wird stets mit den Fingern auf die Bäuerinnen und der Bauern gezeigt.

Privatpersonen brauchten weder einen Grundkurs für die sachgerechte Anwendung, noch mussten sie Aufzeichnungen führen, wie viel Glyphosat im Hausgarten angewendet wurden.

Die künstliche Abreife mit der Hilfe von Glyphosat ist in Österreich seit Langem verboten, damit keine Rückstände auf dem Erntegut vorhanden sind. Andere Länder praktizieren dieses Verfahren weiterhin legal!

Der Handel - tückische Zweigleisigkeit

Auch aus dem Handel werden Stimmen laut die den Einsatz von Glyphosat verbieten wollen.

Auf der einen Seite werden die Landwirtinnen und Landwirte in Österreich, welche bereits qualitativ hochwertige Lebensmittel unter strengsten Auflagen produzieren, weiterhin schikaniert. Auf der anderen Seite findet man importierte Lebensmittel aus Ländern mit lockeren Pflanzenschutzauflagen ohne genauerer Kontrolle billigst im Supermarktregal wieder.

"Man kann Glyphosat nicht total verbieten, das wäre EU-Recht-mäßig nicht möglich", so Siegrid Steinkellner, Projektleiterin und Abteilungsleiterin für Pflanzenschutz an der BOKU.

„Glyphosat ist für den Menschen, sowohl für KonsumentInnen von Lebensmitteln als auch für die AnwenderInnen von Pflanzenschutzmitteln, bei sachgerechter Anwendung gesundheitlich weitgehend unbedenklich.“, schreibt AGES auf ihrer Homepage.

Mit diesem Antrag wird nicht nur das Bauernsterben und der Klimawandel gefördert, sondern auch der Lebensmittelzukauf aus dem Ausland mit intransparenter Herkunft und dubiosen Pflanzenschutzauflagen wächst.

Wir fordern eine klare Kennzeichnung der Produkte! Neben der Herkunftskennzeichnung muss der Konsument erfahren, wie das Lebensmittel produziert wurde!

Wir werden uns weiterhin für unsere Bäuerinnen und Bauern einsetzen, weil es uns nicht egal ist, woher unser Brot kommt!